



BERLIN DEPESCHE

5. Jahrgang • Nr. 31

April 2006

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

EDITORIAL

- 2 Von Martin Dörmann, MdB

HOMEPAGE

- 2 Neu eingestellt: TV-Interview, Bundestagsreden, Dokumentationen

WAHLKREIS

- 3 Frühjahrsempfang in Porz verschoben
- 3 Frühjahrsempfänge in Rath/Heumar, Wahn und der Innenstadt

KÖLN

- 3 Rot-grüne Kooperation im Rat

NRW

- 4 Jochen Dieckmann bleibt Landesvorsitzender der SPD

BUNDESTAG

- 4 Daniel Läufer neuer Mitarbeiter in Berlin
- 5 Martin Dörmann Mitglied im Unterausschuss „Neue Medien“
- 5 Martin Dörmann und Ludwig Stiegler besuchen das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) in Oberpfaffenhofen
- 6 Besuch der CeBIT 2006 in Hannover
- 6 Föderalismusreform
- 8 Energiegipfel der Bundesregierung
- 8 Bundeshaushalt 2006 eingebracht
- 9 Münzfering legt Berichte zur Alterssicherung vor
- 11 Hintergrund: Die demografische Entwicklung

- 12 Grundsätzliche Anforderungen der SPD an die Gesundheitsreform

SPD

- 13 Wechsel an der Parteispitze und Fortgang der Programmdebatte

SERIE: SOZIALDEMOKRATISCHE KÖPFE

- 13 Vorgestellt: Elke Ferner

INFOS UND IMPRESSUM

- 15 Sitzungswochen 2006, Infos über Martin Dörmann, Büroanschriften, Impressum



SPD und Bündnis 90/Die Grünen vereinbarten erstmals eine feste Kooperation im Rat der Stadt Köln (Seite 3). Das Foto zeigt die Große Verhandlungskommission unmittelbar nach Verhandlungsabschluss.

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 10.4.2006

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB



Liebe Leserinnen und Leser,

nach den drei **Landtagswahlen** im März und der klaren Wiederwahl der jeweils regierenden Ministerpräsidenten sieht sich die Große Koalition in Berlin indirekt bestätigt.

Aus Sicht der SPD war natürlich die absolute Mehrheit für **Kurt Beck** in Rheinland-Pfalz herausragend. Gut ist auch, dass die FDP an Einfluss verloren hat und die PDS/WASG in den Westländern nicht Fuß fassen konnte.

In den nächsten Monaten geht es nun um wichtige Reformen, die wir anpacken müssen.

Mit der **Föderalismusreform** sollen die Kompetenzen unserer bundesstaatlichen Verfassung klarer als bisher geregelt werden. Ich hoffe, dass es dabei noch zu Korrekturen am bisherigen Entwurf kommt, insbesondere im Bereich der Bildung und der Umwelt.

Eigentlich wäre es vernünftig, dem Bund mehr Kompetenzen bei der **Bildung** zu geben. Weil sie für Deutschland ein zentrales Zukunftsfeld ist, wir einheitliche Standards brauchen und die Pisa-Studie gezeigt hat, dass andere europäische Staaten uns voraus sind. Mir ist klar, dass die Länder hierzu nicht zu bewegen sein werden. Zumindest muss es aber dem Bund möglich bleiben, gemeinsame Initiativen, etwa im Bereich der Betreuung und beim Ausbau der Ganztagschulen, nach vorne zu bringen. Das schließt der jetzige Entwurf aus. Deshalb ist er gerade hier zu ändern. Zur Föderalismusreform beginnen im Mai die Anhörungen im Bundestag.



Im Laufe des Jahres geht es dann vor allem um eine umfassende **Gesundheitsreform**. Gesundheit wird insgesamt teurer. Das liegt kurzfristig an einem Rückgang der Beitragszahler, mittel- und langfristig an besseren (aber kostspieligeren) medizinischen Behandlungsmethoden und der demografischen Entwicklung.

Eine gute Reform wäre eine, die **medizinischen Fortschritt** für alle ermöglicht, eine **gerechtere Finanzierung** sicherstellt, **weniger Bürokratie** bei **mehr Effizienz** durchsetzt und schließlich auch noch einen **Beitrag zu mehr Arbeitsplätzen** leistet.

Kurz vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe erreichte uns die Meldung, dass **Matthias Platzeck** aus gesundheitlichen Gründen sein **Amt als Parteivorsitzender der SPD niederlegen** muss. Das ist ein schwerer Schlag für uns Sozialdemokraten, zumal er zu Recht als ein echter Hoffnungsträger galt. Man muss aber natürlich für den Schritt, der ihm sicher schwer gefallen ist, Verständnis haben. Oft wird unterschätzt, welchen physischen und psychischen Belastungen gerade Spitzenpolitiker ausgesetzt sind. Nach Lage der Dinge scheint die Nachfolge auf **Kurt Beck** zuzulaufen, der ebenfalls ein ausgezeichnete Parteivorsitzender sein wird.

Herzlichst

Ihr

HOMEPAGE

Neu eingestellt auf der Homepage www.martin-doermann.de

Auf der Startseite jetzt abrufbar:

TV-Interview

Auf der Homepage wurde ein Interview des neuen Kölner Kabelsenders center.tv mit Martin Dörmann eingestellt, das bereits Ende letzten Jahres geführt wurde.

Gestartet ist **center.tv**, Heimatfernsehen in Köln im Oktober 2005: Die Zuschauer erhalten ein individuell produziertes 24 Stunden Vollprogramm aus Information, Service, Unterhaltung, Kultur und Sport. 620.000 Haushalte in Köln können das überwiegend live produzierte Programm sehen. Die Verbreitung erfolgt über analoges Kabel (Ish) auf dem Sendeplatz von Viva Plus. Das gesamte Programm ist in Echtzeit auch über das Internet zu empfangen. center.tv ist ein 100%iges Tochterunternehmen der AZ Media

in Köln. Seit 1998 verfügt die AZ Media über eine Sendelizenz für Fensterprogramme bei RTL.

Bundestagsreden

Die letzten beiden Bundestagsreden von Martin Dörmann (zur Vorratsdatenspeicherung sowie zur Privatisierungspolitik/Telekom) sind ebenfalls eingestellt.

Berlin Depesche Dokumentationen

In unregelmäßigen Abständen veröffentlichen wir wichtige Textdokumente als „Berlin Depesche Dokumentation“ auf unserer Homepage. Zuletzt eingestellt wurde die Dokumentation „100 Tage Große Koalition“ (Nr. 4/2006). Weiterhin abrufbare Dokumentationen: Regierungsklausur in Genshagen (Nr. 1/2006); Finanzpolitische Grundsatzrede von Peer Steinbrück (2/2006); Familienpolitische Beschlüsse des SPD-Parteivorstandes (3/2006).

Frühjahrsempfang in Porz verschoben

Der in der letzten Berlin Depesche für den 26. April angekündigte Empfang des Stadtbezirks Porz/Poll mit Sigmar Gabriel musste leider verschoben werden, da der Bundesumweltminister an diesem Tag zu einer Regierungskonferenz nach Russland reisen muss. Ein neuer Termin wird derzeit noch gesucht.

Frühjahrsempfänge in Rath/Heumar, Wahn und der Innenstadt

In den letzten Wochen fanden im Wahlkreis wieder einige traditionelle Frühjahrsempfänge der SPD statt, die alle gut besucht waren.

Im **Ortsverein Rath/Heumar** begrüßte Vorsitzender **Oliver Krems** kommunale Mandatsträger der SPD, **Martin Dörmann** und den SPD-Landtagsabgeordneten **Stephan Gatter**. Die beiden Angeordneten berichteten über aktuelle politische Themen der Bundes- bzw. Landespolitik.

Beide sprachen auch im **Ortsverein Wahn, Wahnheide, Lind, Libur**. Der Ortsverein und sein Vorsitzender **Christian Joisten** hatten in den Eltzhof geladen.

Der Frühjahrsempfang des **SPD-Stadtbezirks Innenstadt** fand diesmal im Filmforum NRW/Kino im Museum Ludwig statt. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden **Karl-Heinz Walter** erfreuten sich die Besucher zunächst an zwei originalen Kurzfilmen über einen Hundesalon und einen „Messie“. Anschließend erläuterten die SPD-Fraktionsvorsitzenden im Rat, **Martin Börschel**, und in der Bezirksvertretung Innenstadt, **Rudi Reiferscheidt**, ihre jeweiligen kommunalen Schwerpunktthemen.

KÖLN

Rot-grüne Kooperation im Rat

„Für eine nachhaltige, verlässliche und zukunftsorientierte Stadtpolitik in Köln“

Unter der Überschrift "Perspektiven und Stabilität für Köln" stellten die Partei- und Fraktionsvorsitzenden von SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf einer Pressekonferenz am 17. März 2006 ihre gemeinsame Kooperationsvereinbarung für die zukünftige Zusammenarbeit im Kölner Stadtrat vor.

„SPD und GRÜNE haben zwar nur in Ratsausschüssen die Mehrheit und nicht im Stadtrat. Es ist aber höchste Zeit, die Chaotisierung der Kölner Kommunalpolitik durch die CDU zu beenden. Das Kernbündnis ist jetzt - wie schon in den vergangenen Monaten - der neue Taktgeber im Rathaus“, so der Kölner SPD-Chef **Jochen Ott**.

Im Wissen um die schwierige Lage der Stadt in Zeiten von Globalisierung und Konjunkturschwäche nehmen sich die Partner Maßnahmen in acht Handlungsbereichen von der Stadtentwicklung über die Sozial-, Haushalts-, Wirtschafts- und Umweltpolitik bis hin zu den Bereichen Bildung, Kultur- und Öffentliche Sicherheit vor.

Einen wichtigen Platz nehmen dabei Themen der Haushalts- und der Wirtschaftspolitik ein. So sollen bis 2012 der Haushalt saniert und die Altfehlbeträge abgebaut werden, während die Wirtschaftsförderung gezielt erweitert und eine Regionalisierung der Wirtschaftspolitik eingeleitet werden soll.

Gleichzeitig steht die soziale Gerechtigkeit im Mittelpunkt der Vereinbarung. So soll unter anderem ein vergünstigtes Mobilitätsticket für Sozialhilfe- und Hartz IV-Empfänger eingeführt werden.

Neben gezielten Maßnahmen bei der Bildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen ist zudem die Vervollständigung des inneren und äußeren Grüngürtels durch zusätzliches Grün geplant.

Darüber hinaus umfasst der Text Vereinbarungen, wie mit offenen oder strittigen Fragen und neu zu erörternden Themen umzugehen ist. Besonderen Wert legen die Partner auf die Feststellung, dass die Kooperation mit Blick auf eine konstruktive Mehrheit im Rat in Zukunft auch erweitert werden kann. "Wir dürfen Köln nicht noch weiter ins Abseits geraten lassen. Unsere Kooperation ist den Zielen einer sozial und ökologisch orientierten Großstadtpolitik verpflichtet und in diesem Sinne Arbeitsplan für die kommenden Jahre", so **Barbara Moritz**, Vorsitzende der Grünen-Ratsfraktion.

Der Kooperationsvereinbarung haben der Unterbezirksausschuss der KölnSPD und die Kreismitgliederversammlung von Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt.

Die Kooperationsvereinbarung kann auf der Homepage www.martin-doermann.de als PDF-Dokument heruntergeladen werden (44 Seiten, 156 KB)

Jochen Dieckmann bleibt Landesvorsitzender der SPD

Jochen Dieckmann ist auf dem Landesparteitag der NRWSPD mit 90,77 % wieder zum Vorsitzenden gewählt worden. Als stellvertretende Landesvorsitzende wurden **Britta Altenkamp**, **Birgit Fischer**, **Ute Schäfer** und **Karsten Rudolph** gewählt. **Michael Groschek** (Generalsekretär) und **Norbert Römer** (Schatzmeister) wurden in ihren Ämtern bestätigt. **Jochen Ott**, Vorsitzender des Unterbezirks Köln, wurde erneut in den Landesvorstand gewählt.

Jochen Dieckmann übte in seiner Rede Selbstkritik, machte den Mitgliedern aber auch Mut, mit neuer Kraft für eine zukunftsfähige sozialdemokratische Politik in NRW zu streiten. „Wir haben gute Chancen, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen. [...] Es wird uns gelingen, weil wir klare Alternativen zur rückwärtsgewandten und sozial rücksichtslosen Politik der gegenwärtigen Landesregierung anbieten werden.“

Auf dem Landesparteitag in Bochum wurden die programmatischen Leitlinien der NRWSPD für die nächsten Jahre diskutiert. Grundlage für die Diskussion stellte der Leitantrag "Wir wollen neue Chancen für alle Menschen in unserem Land gewinnen!" dar. Ebenfalls auf der Tagesordnung standen Änderungen zur Satzung. Als Gastredner war unter anderem der stellvertretende SPD-

Parteivorsitzende und Bundesfinanzminister **Peer Steinbrück** gekommen.

Auch für die Kölner SPD war der Landesparteitag ein Erfolg. Ihre Anträge zur Bildung-, Familien- und Integrationspolitik wurden rege diskutiert, viele Vorschläge fanden Unterstützung. So soll in Zukunft unter anderem der Schutz von Kindern dadurch verbessert werden, dass die Zahl der Vorgesorgeuntersuchungen von 9 auf 15 bis zum Schuleintritt erweitert wird.



Jochen Dieckmann mit Martin Dörmann

→ Reden, Anträge und weitere Materialien zum Landesparteitag können von der Homepage der NRW-SPD herunter geladen werden: www.nrwspd.de/landesparteitag2006/

BUNDESTAG

Daniel Läufer neuer Mitarbeiter von Martin Dörmann in Berlin

Der Verwaltungswissenschaftler betreut die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Im März beendete **Michael Stamm** seine Tätigkeit (Teilzeit) im Berliner Arbeiterteam von **Martin Dörmann**, um eine Vollzeitstelle anzutreten. Wir wünschen ihm von dieser Stelle aus viel Glück bei seiner weiteren beruflichen Tätigkeit.

Als sein Nachfolger unterstützt seit April **Daniel Läufer** das Arbeiterteam von Martin Dörmann, insbesondere im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Neben der Beantwortung von Bürgeranfragen ist er auch für die Redaktion der Berlin Depesche verantwortlich.

Daniel Läufer wurde 1979 in Stuttgart geboren und kam nach dem Zivildienst nach Berlin. Ende vergangenen Jahres schloss er sein Studium an der Universität Potsdam als Diplom-Verwaltungswissenschaftler ab und bereitet derzeit seine Dissertation über die Modellierung von Politiknetzwerken vor.



Während seines Studiums arbeitete er unter anderem für das Goethe Institut Berlin und die derzeitige Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, die Dortmunder Bundestagsabgeordnete **Ulla Burchardt**. Dort wird er auch in Zukunft für Fragestellungen der Europäischen und Internationalen Handelspolitik und ihre Auswirkungen auf das Bildungs- und Forschungssystem Deutschlands zuständig sein.

Wenn Daniel Läufer nicht gerade im Bundestag arbeitet oder in der Staatsbibliothek büffelt, ist der begeisterte Saxophonist und Jazz-Fan in den Berliner Jazz Clubs anzutreffen.

Zum Berliner Arbeiterteam gehören weiterhin **Stefan Stader** (Büroleiter) und **Chloé Aublin**.

Martin Dörmann Mitglied im Unterausschuss "Neue Medien"

Am 15. März 2006 hat sich der Unterausschuss „Neue Medien“ des Deutschen Bundestages konstituiert. Ausschussvorsitzender ist **Christoph Pries** (SPD). **Martin Dörmann** gehört dem Unterausschuss als stellvertretender Sprecher der SPD an, Sprecher ist sein Fraktionskollege **Jörg Tauss**.

Der Unterausschuss wurde wie in den letzten Legislaturperioden auf Beschluss des Hauptausschusses „Kultur und Medien“ eingesetzt und soll diesem über die dynamischen Entwicklungen im Bereich Informations- und Kommunikationstechnik Bericht erstatten.

Er ist ausschussübergreifend als Querschnittsgremium konzipiert, da Medien- und Kommunikationspolitik ebenso Kultur- und Gesellschaftspolitik

wie auch Teil moderner Wirtschafts- und Strukturpolitik ist.

Angesichts der dynamischen Entwicklung der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien, von der die Gesellschaft insgesamt erfasst wird, ist es vordringliche Aufgabe des Unterausschusses, sich mit den Veränderungen auf dem Gebiet der "Neuen Medien" sowie den damit verbundenen Auswirkungen in unterschiedlichen Bereichen wie Datenschutz und Datensicherheit, Informationsfreiheit, Telekommunikations- und Medienrecht, Jugendschutz oder Verbraucherschutz und Urheberrecht auseinander zu setzen.

Martin Dörmann und Ludwig Stiegler besuchen das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) in Oberpfaffenhofen

Am 21. März 2006 besuchte **Martin Dörmann** zusammen mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion **Ludwig Stiegler** und den Fraktionskollegen **Ute Berg** und **Rainer Taubillion** das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) in Oberpfaffenhofen (Bayern).



Kontrollzentrum in Oberpfaffenhofen

Nachdem **Dr. Jutta Graf**, die Geschäftsführerin des DLR-Oberpfaffenhofen über neue Projekte berichtet hatte, gaben der Programmdirektor für Raumfahrt **Dr. Hubert Reile** und der Leiter des Instituts für Kommunikation und Navigation **Professor Dr. Christoph Günther** einen Überblick über die DLR-Aktivitäten zum neuen europäischen Satellitennavigationssystem Galileo. Auch der Besuch des Instituts für Physik der Atmosphäre und die Besichtigung der Forschungsflugzeuge sowie des Raumfahrt-Kontrollzentrums standen auf dem Programm. Zu einem Gespräch begrüßt wurden die Parlamentarier zudem von **Professor Dr. Sigmar Wittig**, dem DLR-Vorstandsvorsitzenden.

Martin Dörmann, Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion für Luft- und Raumfahrt, zeigt

sich von den technischen Leistungen beeindruckt und machte die Bedeutung der Arbeit des DLR für Deutschland deutlich: „Das DLR entwickelt Spitzentechnologie, durch die deutsche Unternehmen profitieren. Das hält hochqualifiziertes Personal am Standort Deutschland und sichert unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit im Hochtechnologiebereich. Deshalb müssen auch in Zukunft die notwendigen Haushaltsmittel für das DLR bereit gestellt werden.“

Vorstand und Hauptverwaltung des DLR haben ihren Sitz in Köln-Porz und damit im Wahlkreis von Martin Dörmann. 1.500 Menschen sind dort beschäftigt.



Am Modell der Raumstation ISS

Besuch der CeBIT 2006

Am 10. März besuchte **Martin Dörmann** in seiner Eigenschaft als Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion für Telekommunikation zusammen mit seiner Mitarbeiterin **Chloé Aublin** die CeBIT in Hannover, die weltweit größte Messe für die ITK-Branche. Auf dem Programm standen verabredete Gespräche und Besuche mehrerer Stände, darunter bei der Telekom, Vodafone, Arcor und Microsoft.



Am Stand von IBM ließ sich Martin Dörmann technische Neuerungen im Bereich der Medizin (eHealth) demonstrieren.

Föderalismusreform: Zum Stand der Beratungen

Am 10. März hat die Regierungskoalition die sicherlich größte Verfassungsreform seit Bestehen des Grundgesetzes 1949 in 1. Lesung beraten. Das ist ein großer Erfolg und ein Beweis für die Reformfähigkeit der Großen Koalition. Bis zum Sommer, wenn nötig auch bis zum Herbst, soll nun ausführlich diskutiert und beraten werden, was nach mehrjährigem Ringen zwischen Bund und Ländern in ein großes Gesetzespaket eingeflossen ist. Langwierige Entscheidungswege, übermäßige Verflechtungen und gegenseitige Blockaden zwischen Bund und Ländern sollen beseitigt oder gemindert werden. Die Ziele der Reform sind: Mehr Klarheit bei der Aufgaben- und Zuständigkeitsverteilung, straffere und schnellere Entscheidungsprozesse und ein europatauglicherer Bundesstaat.

Bei der Debatte im Bundestag am 10. März machte jedoch der Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion **Peter Struck** noch einmal deutlich, dass in einigen wichtigen Punkten wie dem Bildungswesen noch große Fragezeichen bestehen und darüber auch weiter diskutiert werden muss: „Das Verfahren beginnt erst.“ Wenn es sich als notwendig erweist, müsse es auch zu Änderungen kommen.

Warum diese Reform?

Deutschland ist ein föderaler Staat und somit auf die Kooperation zwischen Bund und Ländern angewiesen. Im Grundgesetz ist der Föderalismus als politische Organisationsform festgeschrieben und darf nicht geändert werden. Festgeschrieben ist auch die Mitwirkung der Länder an der Gesetzgebung des Bundes und in Angelegenheiten der Europäischen Union. Durch die Entwicklung der Verfassung ist es im Laufe der letzten Jahrzehnte zu einer Verlagerung von Gesetzgebungskompetenzen auf den Bund gekommen. Das hat dazu geführt, dass mittlerweile über 60 Prozent der Geset-

ze zustimmungsbedürftig sind. Die Mitwirkungsmöglichkeiten der Landesregierungen an Bundesgesetzen und damit die Bedeutung des Bundesrates ist enorm gestiegen. Die ursprünglichen Gestaltungsmöglichkeiten der Länderparlamente sind dafür in vielen Bereichen verschwunden.

Was soll geändert werden?

Um die Ziele erreichen und dabei sowohl Bund als auch Länder stärken zu können, wird eine deutlichere Zuordnung der Gesetzgebungskompetenzen vorgenommen. Die Rahmengesetzgebung wird abgeschafft. Das Verfahren zweier nacheinander geschalteter Gesetzgebungsverfahren auf Bundes- und Landesebene hat sich als unzweckmäßig erwiesen. Das gilt insbesondere bei der Umsetzung europäischen Rechts. Außerdem wird die Regelung der Zustimmung von Bundesgesetzen im Bundesrat neu bestimmt. Von 60 Prozent soll die Zustimmungquote auf 35 – 40 Prozent sinken. Ein weiterer Kernpunkt ist der Abbau von Mischfinanzierungen und die Neufassung der Möglichkeiten der Finanzhilfen des Bundes. Bei Verhandlungen auf EU-Ebene – in Absprache mit der Bundesregierung – soll die Länderbeteiligung auf drei Kernkompetenzen der Länder reduziert werden: schulische Bildung, Kultur und Rundfunk.

Wie geht es weiter?

Grundlage für die nun eingebrachten Reformvorschläge ist der Koalitionsvertrag vom 18. November 2005. Der Karlsruher Bundesparteitag hatte diese Vereinbarung im November 2005 mit großer Mehrheit gebilligt. Der Gesetzentwurf, der das parlamentarische Verfahren zur Föderalismusreform einleitet, ist ein Entwurf zur Änderung von 25 Artikeln des Grundgesetzes. Für die Verabschiedung der Gesamtreform ist eine 2/3-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat notwendig.

Gleichzeitig eingebracht wurde ein Begleitgesetz mit 21 Artikeln, das weitere Gesetze ändert. Beide Entwürfe wurden parallel auch im Bundesrat eingebracht und erstmalig beraten. Mit der geplanten Föderalismusreform werden sich Bundestag und Bundesrat im Rahmen einer gemeinsamen Anhö-

rung befassen. Eine solche Veranstaltung ist eine Besonderheit. Anhörungen werden im Bundestag normalerweise ohne Bundesrat-Beteiligung durchgeführt. Die Reform soll nach einer Vereinbarung zwischen den Spitzen der Koalitionsfraktionen zum 1. Januar 2007 in Kraft treten.

Die eingebrachten Reformvorschläge zur Föderalismusreform

Zustimmungsrechte des Bundesrates

Bislang kann der Bundesgesetzgeber nur mit Zustimmung des Bundesrates Behörden einrichten und das Verwaltungsverfahren für diese Gesetze regeln. Die Länder sollen in diesen Bereichen die bestehende Organisationshoheit behalten, aber der Bund soll diese Fragen ohne Zustimmung gesetzlich regeln können.

Die Länder sollen im Gegenzug von organisatorischen und verfahrensmäßigen Vorgaben des Bundesgesetzgebers abweichen können, wenn es kein besonderes Bedürfnis nach einer bundeseinheitlichen Regelung gibt. In diesem Fall soll weiterhin die Zustimmung des Bundesrates erforderlich sein.

Die so genannte **Rahmengesetzgebung** soll abgeschafft werden. Die dort bislang angesiedelten Bereiche Naturschutz und Landschaftspflege sowie Wasserhaushalt sollen in die konkurrierende Gesetzgebung überführt werden. Damit wäre der Weg für ein einheitliches Umweltgesetzbuch frei.

Der Katalog der **konkurrierenden Gesetzgebung** soll neu geordnet werden. Dabei wird die Hälfte der Materien der konkurrierenden Gesetzgebung von der Erforderlichkeitsklausel befreit. Zu diesen Materien gehört z. B. das bürgerliche Recht, das Strafrecht, das Arbeits- und Sozialversicherungsrecht. Diese Bereiche kann der Bund künftig regeln, ohne dass ihn die „Beweislast“ trifft, dass eine Regelung für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet erforderlich ist.

Die Länder sollen die Rechtsverhältnisse der Landesbediensteten in eigener Verantwortung regeln. Einzige Ausnahme: die Statusrechte und -pflichten der Landesbeamten und -richter. Hier soll der Bund die konkurrierende Gesetzgebung erhalten. Entsprechende Gesetze sollen dann die Zustimmung des Bundesrates erfordern.

In die **ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes** sollen das Melde- und Ausweiswesen, der Schutz deutschen Kulturguts gegen Abwanderung ins Ausland, das Waffen- und Sprengstoffrecht und die Erzeugung und Nutzung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken übertragen werden. Zudem soll eine neue ausschließliche Bundeskompetenz zur Regelung präventiver Befugnisse des Bundeskriminalamts bei der Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus geschaffen werden. Derartige Bundesgesetze sollen die Zustimmung des Bundesrates erfordern.

Die **Länder sollen die ausschließliche Kompetenz** zur Regelung der allgemeinen Rechtsverhältnisse der Presse, im Strafvollzug, Versammlungsrecht, Ladenschlussrecht und Gaststättenrecht erhalten. Auch der Großteil des Hochschulrechts soll künftig Ländersache werden, mit Ausnahme der Hochschulzulassung und der Hochschulabschlüsse.

Finanzverfassung und Lastenverteilung

Die Änderungen an der Finanzverfassung sollen der Abschaffung der Gemeinschaftsaufgaben „Ausbau und Neubau von Hochschulen einschließlich Hochschulkliniken“ und „Bildungsplanung“ dienen.

Auch die Finanzhilfen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden und zur Wohnraumförderung sollen alleinige Sache der Länder werden. Dafür sollen ihnen von 2007 bis 2019 die erforderlichen Mittel aus dem Bundeshaushalt zustehen.

Die Gemeinschaftsaufgaben zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur sowie der Agrarstruktur und des Küstenschutzes sollen erhalten bleiben.

Sanktionszahlungen bei Verstößen gegen den EU-Stabilitätspakt

Das Gesetz zur Aufteilung der Sanktionszahlungen bei Verstößen gegen den EU-Stabilitätspakt soll grundsätzlich regeln, wie die damit verbundenen Kosten zwischen Bund und Ländern aufgeteilt werden. Der Anteil des Bundes an Sanktionszahlungen soll demnach 65 Prozent betragen, der Anteil der Länder 35 Prozent. Länder, die einen ausgeglichenen oder positiven Finanzierungssaldo aufweisen, sollen bei der Ermittlung der Summe der Finanzierungsdefizite unberücksichtigt bleiben.



Am 3. April war Helmut Schmidt bei der SPD-Bundestagsfraktion zu Gast und sprach zu den Erfahrungen mit einer Großen Koalition

Perspektiven für eine nachhaltige Energieversorgung

Der Energiegipfel der Bundesregierung vom 3. April 2006 bildet den Auftakt für die Arbeit an einem nationalen energiepolitischen Gesamtkonzept bis 2020. Im Vordergrund steht dabei die Abhängigkeit von Energieimporten zu reduzieren, steigende Preise zu stoppen und gleichzeitig den umweltpolitischen Herausforderungen des Klimaschutzes gerecht zu werden.

Teilnehmer des Gipfels waren neben Bundeskanzlerin **Angela Merkel**, Umweltminister **Sigmar Gabriel** und Wirtschaftsminister **Michael Glos** auch Vertreter der Erneuerbaren Energien, der Industrie und der Verbraucherverbände.

Zu den wichtigsten Ergebnissen des Gipfels zählt die Zusage der Energieunternehmen, bis 2012 rund 30 Milliarden Euro in den Bau von Kraftwerken und Netzen zu investieren. Auch im Bereich der erneuerbaren Energien sollen 33 bis 40 Milliarden Euro investiert werden. Die Regierung sagte im Gegenzug zwei Milliarden Euro für die Energieforschung zu.

Positives Ergebnis ist auch, dass die großen Stromversorger in Deutschland den vereinbarten Atomausstieg nicht in Frage stellen. "Wir haben verabredet, dass es beim Atomausstieg bleibt", so Umweltminister Sigmar Gabriel nach dem Energiegipfel. "Es gibt überhaupt keinen Zweifel daran, dass der Koalitionsvertrag gilt."

Grundsätzlich soll sich die Energiepolitik für Deutschland in Zukunft an den vier „E’s“ - Energieeffizienz, Erneuerbare Energien, Erneuerung des Energieparks und Emissionshandel als Instrument des Klimaschutzes - orientieren.

Auch der weitere Zeitplan für den Emissionshandel steht. Am 30. Juni wird wie geplant der Nationale Allokationsplan II (NAP II) vorgelegt. Mit ihm werden Emissionsrechte zugeteilt und das CO₂-Minderungsziel festgelegt.

Für September 2006 wurde nun ein neuer Energiegipfel vereinbart. Im Vorfeld werden drei Arbeitsgruppen Schwerpunktfragen in den Themenkomplexen Internationales - z.B. Energieimporte aus dem Ausland (Frank-Walter Steinmeier/ Michael Glos) -, nationale Aspekte - Versorgungssicherheit und Strompreise (Sigmar Gabriel/ Michael Glos) - sowie Energieeffizienz und Innovationen (Sigmar Gabriel/ Annette Schavan) - behandeln.

Im Vorfeld des Gipfels legten Bundesumweltminister Sigmar Gabriel und Bundeswirtschaftsminister Michael Glos dem Bundeskabinett den Statusbericht zur "Energieversorgung für Deutschland" vor, der die Grundlage für die Beratungen bildete und auf knapp 100 Seiten Perspektiven für eine nachhaltige Energieversorgung aufzeigt.

→ Der Statusbericht kann von den Seiten des Bundesumweltministeriums herunter geladen werden: www.bmu.de/erneuerbare_energien/downloads/doc/36794.php

Bundshaushalt 2006 eingebracht

Konsolidieren und Wachstum fördern

Mit dem in 1. Lesung eingebrachten Bundeshaushalt 2006 (Drs. 16/750), der Finanzplanung 2005 bis 2009 (Drs. 16/751) und dem begleitenden Maßnahmenbündel wird eine Kombination von Konjunktur- und Wachstumsstärkung und Konsolidierung der öffentlichen Finanzen vollzogen. Die Große Koalition verbindet die notwendige Konsolidierungspolitik mit Maßnahmen, die die konjunkturelle Entwicklung des laufenden Jahres fördern, und mit Maßnahmen, die die Wachstumsdynamik erhöhen - wie Investitionen in Forschung und Bildung und in die Infrastruktur.

Der Entwurf des Bundeshaushalts wurde an der derzeitigen wirtschaftlichen Situation in Deutschland ausgerichtet. Dazu gehört, dass im Haushalt 2006 weitergehende Konsolidierungsmaßnahmen, die mit zusätzlichem Kaufkraftverlust verbunden sind und damit der konjunkturellen Aufhellung schaden würden, unterlassen werden. Aber mit dem Haushaltsentwurf wird trotzdem Ausgaben disziplin gewahrt. Mit einer Steigerung der Ge-

samtausgaben 2006 gegenüber dem Ist 2005 von nur 0,7 Prozent sind die Ansätze im Haushalt sehr gedrosselt - so wie es die aktuelle ökonomische Lage gerade noch zulässt.

Blick auf den Haushalt 2007

Der konjunkturunterstützende Bundeshaushalt 2006 verschafft den nötigen Rückenwind, den wir brauchen, um 2007 die beiden zentralen haushaltspolitischen Ziele der Bundesregierung zu erreichen, nämlich die Einhaltung der Regelgrenze des Art. 115 des Grundgesetzes für die jährliche Neuverschuldung des Bundes und die Einhaltung des Defizitkriteriums des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

Kreditaufnahme begrenzen

Mit dem Bundeshaushalt 2006 hat die Regierungskoalition eine komplizierte Dreifach-Aufgabe zu bewältigen: Die Stärkung der Binnenkonjunktur mit der Finanzierung der Zukunftsaufgaben und einer glaubwürdigen Haushaltskonsolidierung verbinden - und zwar alles gleichzeitig.

Der Weg, die Kreditaufnahme des Bundes dauerhaft zu begrenzen, wird bereits besprochen:

- mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2006, das auch in dieser Woche gelesen wird, und der darin vorgesehenen Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte,
- mit dem seit Dezember bereits realisiertem Abbau von nicht mehr gerechtfertigten Steuervergünstigungen und Steuergestaltungsmöglichkeiten,
- mit dem, was auf diesem Sektor bereits angekündigt ist und das demnächst in den Gesetzgebungsprozess gelangen wird,
- und mit dem Bundeshaushalt 2007, der Anfang Juli vom Bundeskabinett beschlossen wird.

Ausgangslage

Der Bundeshaushalt ist geprägt von hohen Sozialausgaben, insbesondere wegen der Leistungen an die Rentenversicherung und der hohen Arbeitsmarktausgaben. Zusammen mit den Zinsausgaben und den Personalausgaben finanziert der Bund damit bereits etwa zu drei Vierteln ausschließlich konsumtive Ausgaben (Mittel, die nicht in Investitionen fließen).

Ohne ein höheres Wirtschaftswachstum kann weder die viel zu hohe Arbeitslosigkeit abgebaut, noch können die sozialen Sicherungssysteme finanziell stabilisiert werden. Beides ist wiederum unabdingbar für die Gesundheit der öffentlichen Haushalte. Deshalb wird auch mit gezielten Investitionen des Bundes das wirtschaftliche Wachstum unterstützt.

Die zusätzlichen Investitionen in das Bildungs- und Forschungswesen ebenso wie in die Infrastruktur belegen, dass auch im Rahmen strikter Konsolidierung gestaltende Politik möglich ist.

Die Eckdaten des Bundeshaushalts

Der Haushaltsetat sieht in diesem Jahr Ausgaben in Höhe von 261,7 Milliarden Euro vor. Die Investitionen erhöhen sich trotz des moderaten Ausgabekurses auf über 23 Milliarden Euro jährlich. Die Nettokreditaufnahme 2006 wird mit 38,3 Milliarden Euro eingeplant. 2007 wird sie auf 22 Milliarden Euro und dann bis 2009 auf 20 Milliarden Euro reduziert. Die Nettokreditaufnahme soll damit ab 2007 wieder niedriger sein als die Investitionsausgaben und damit unter der verfassungsrechtlichen Regelgrenze liegen. Das gesamtstaatliche Defizit wird in 2006 aus heutiger Sicht bei 3,3 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) verbleiben. Im Jahr 2007 soll es dann auf 2,5 Prozent sinken. In den Folgejahren ist geplant, die Defizitquote weiter um einen halben Prozentpunkt jährlich abzubauen.

Die mittelfristige Finanzplanung bis 2009 ist geprägt von sehr moderaten Ausgabensteigerungen. Gleichzeitig ist ein hohes Investitionsniveau von rund 23 Milliarden Euro jährlich vorgesehen. Hinzu kommen neben der Erhöhung von Mehrwertsteuer und Versicherungssteuer gezielte Einsparungen etwa bei Subventionen und Steuervergünstigungen und in der öffentlichen Verwaltung. Damit wird die strukturelle Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben im Bundeshaushalt in den nächsten Jahren erheblich verkleinert.

Bezogen auf die gesamte Legislaturperiode sind die Konsolidierungsmaßnahmen des Bundes mit einem Volumen von rund 80 Milliarden Euro beachtlich:

- Ausgabenkürzungen im Umfang von 32 Milliarden Euro
- Abbau von Steuervergünstigungen mit rund 19 Milliarden Euro
- Steuerermehreinnahmen in Höhe von 28 Milliarden Euro.

Münzfering legt Berichte zur Alterssicherung vor

Lebensstandard im Alter sichern - Beschäftigungssituation für Ältere verbessern

Das Bundeskabinett hat am 8. März den Rentenversicherungs- und Alterssicherungsbericht 2005 verabschiedet. Außerdem beschloss das Kabinett Eckpunkte, um den Rentenbeitragssatz stabil zu halten und die Leistungen der Rentenversicherung sichern zu können.

Die Berichte zeigen, dass die Alterssicherung in Deutschland unter schwieriger werdenden Rahmenbedingungen steht, aber insgesamt auf dem richtigen Weg ist. Hierzu wird die geförderte private Zusatzvorsorge einen immer wichtigeren Beitrag leisten. Die gesetzliche Rentenversicherung bleibt weiter die zentrale Säule der Alterssicherung. Wenn sich die Rahmenbedingungen in Zu-

kunft erneut verändern, wird sich auch die gesetzliche Rentenversicherung anpassen.

Dazu gehört aber auf der anderen Seite, dass sich die Beschäftigungssituation der Älteren verbessert. Hier sind neben der Politik vor allem die Sozialpartner gefragt. Insgesamt muss das Bewusstsein in der Gesellschaft wachsen, dass ältere Arbeitnehmer auf ihre Weise genauso leistungsfähig sind wie die Jüngeren. Mit einer verbesserten Beschäftigungssituation wird es allen möglich sein, mit der gesetzlichen Rente sowie der zweiten und dritten Säule der Altersvorsorge einen angemessenen Lebensstandard zu bewahren. Die staatliche Förderung trägt dazu entscheidend bei.

→ Ausführliche Informationen zum Thema Rente (u.a. auch ein Rentenlexikon) enthält die Homepage des Ministeriums für Arbeit und Soziales: www.bmas.bund.de

Die wichtigsten Ergebnisse des Rentenversicherungsberichts

Der Rentenversicherungsbericht 2005 enthält Angaben über die Entwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Kernstück des Berichts ist die Vorausberechnung der Entwicklung der Rentenfinanzen.

Durch das Vorziehen des Fälligkeitstermins für die Sozialversicherungsbeiträge konnte der Beitragssatz auch in diesem Jahr bei 19,5 % gehalten werden. Dadurch erzielt die Rentenversicherung einmalig Mehreinnahmen von rd. 9,5 Mrd. Euro. Der Rentenversicherungsbericht weist zum Jahresende 2006 eine Nachhaltigkeitsrücklage von 5,2 Mrd. Euro entsprechend 0,33 Monatsausgaben aus. Ende 2005 waren nur 0,11 Monatsausgaben vorhanden.

Im kommenden Jahr steigt der Beitragssatz auf 19,9 %. Seit fast sechs Jahren liegt er deutlich unter 20%. Das ist ein Erfolg. Das wollen wir in dieser Legislaturperiode halten.

Die Bundesregierung stoppt die Dynamik der Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt an die Ren-

tenversicherung, ohne die Beitragssatz- und Niveauziele zu gefährden und ohne das Ziel, auf Rentenkürzungen zu verzichten, in Frage zu stellen. Die Erreichung dieser Ziele wird, soweit dies erforderlich sein sollte, im Jahr 2008 durch einen Beitrag des Bundes sichergestellt. Ob diese Erhöhung des Bundeszuschusses im Jahr 2008 erforderlich wird, kann im Jahr 2007 vor dem Hintergrund der dann eingetretenen wirtschaftlichen Entwicklung und im Zusammenhang mit der Aufstellung des Bundeshaushalts 2008 entschieden werden.

Der Rentenversicherungsbericht zeigt, dass die Zuwachsrate der Bundeszuschüsse im Zeitraum 2005 bis 2009 mit jahresdurchschnittlich gut 1 % erheblich unter der Dynamik der vergangenen 10 Jahre von rd. 6 % liegen wird. Im langfristigen Zeitraum bis 2019 zeigt sich, dass sowohl der Beitragssatz als auch das Sicherungsniveau vor Steuern die im Gesetz vorgegebenen Grenzwerte von 20 % bzw. 46 % nicht verletzen.

Die wichtigsten Ergebnisse des Alterssicherungsberichts

Trotz der mit dem Rentenversicherungsbericht dokumentierten Stabilisierung der ersten Säule ist klar, dass von der gesetzlichen Rente alleine der Lebensstandard im Alter zukünftig nicht mehr gehalten werden kann. Das ergibt sich aus der demografischen Entwicklung und insbesondere aus der Relation von Beitragszahlern und Ruhestandlern.

Nach Darstellung der Bundesregierung bestätigen die Ergebnisse des Alterssicherungsberichtes 2005 allerdings, dass sie Menschen in Deutschland im Alter meist relativ gut versorgt sind.

Wie der Alterssicherungsbericht zeigt, ist bei der Vielzahl von Sicherungssystemen in Deutschland die gesetzliche Rentenversicherung dominierend. Sie ist und bleibt das wichtigste Alterssicherungssystem für die Bevölkerung. In den neuen Ländern resultieren die Alterssicherungsleistungen fast ausschließlich aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Dagegen kumulieren in den alten Bundesländern Leistungen aus den verschiedenen Systemen, wobei auch hier das Gros der Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung stammt. Zu berücksichtigen ist dabei: mehr als ein Drittel aller Bezieherinnen von eigenen Leistungen erhalten zusätzlich Hinterbliebenenleistungen.

Das Gesamteinkommen im Alter ergibt sich jedoch erst, wenn neben den Alterssicherungsleistungen noch zusätzliche Einkommen berücksichtigt werden. Im Ergebnis erreichen Ehepaare ein durchschnittliches Netto-Gesamteinkommen in Höhe von fast 2.200 Euro im Monat. Alleinstehende

Männer erzielen im Durchschnitt knapp 1.500 Euro und Frauen rund 1.200 Euro.

Die private Vorsorge wird zukünftig eine größere Rolle spielen müssen. Die Berechnungen im Alterssicherungsbericht zeigen, dass der gewohnte Lebensstandard aufrecht erhalten werden kann, wenn entsprechend Vorsorge getroffen wird. Das Gesamtversorgungsniveau aus einer gesetzlichen Rente, einer „Riester-Rente“ und zusätzlicher privater Vorsorge bleibt für einen Durchschnittsverdiener langfristig stabil. Für Geringverdiener wird das Netto-Gesamtversorgungsniveau langfristig sogar ansteigen. Vor allem werden Personen mit Kindern künftig spürbar besser gestellt. Voraussetzung ist: Die Menschen müssen zusätzlich privat für ihr Alter vorsorgen.

Die „Riester-Rente“ gewinnt an Fahrt. Im Jahr 2001 lagen nur 1,4 Millionen Verträge über private Altersvorsorge vor. Allein im Jahr 2005 haben jedoch ca. 1,5 Mio. Bürger einen neuen Riester-Vertrag abgeschlossen. Inzwischen sorgen 5,6 Mio. Menschen so für ihr Alter vor. Erste Zahlen für 2006 deuten an, dass sich dieser Aufwuchs fortsetzt. Um sie zu beschleunigen und um insbesondere Familien mit Kindern besonders zu fördern, wird die Bundesregierung die Kinderzulage im Rahmen der Riester-Rente für ab 1. Januar 2008 geborene Kinder von 185 Euro auf 300 Euro erhöhen. Daneben ist im Koalitionsvertrag eine engere Verzahnung der Riester-Rente mit der Schaffung von Wohneigentum festgelegt worden. Daran wird gearbeitet.

Die Betriebsrente spielt im Zusammenhang mit der zusätzlichen Altersvorsorge eine zunehmend bedeutendere Rolle. Der Anteil der Beschäftigten in der Privatwirtschaft mit einer Anwartschaft auf Betriebsrente ist allein im Zeitraum von Beginn 2002 bis Juni 2004 von 38 % auf 46 % gestiegen. Zwischen Januar 2002 und Juni 2004 führten etwa eine halbe Million Betriebe eine Zusatzversorgung

neu ein oder bauten ihre bestehende Zusatzversorgung aus. Zusammen mit den Beschäftigten, die bei Trägern des öffentlichen Dienstes versichert sind, hatten Mitte 2004 15,7 Mio. Beschäftigte, das sind ca. 60 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, Anspruch auf eine Betriebsrente.

Hintergrund: Die demografische Entwicklung

Immer weniger Beitragszahler müssen immer mehr Rentner finanzieren

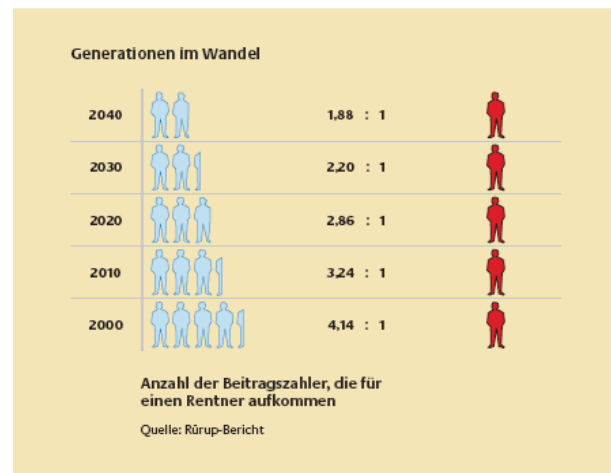
Der Wandel, den die Demografie Deutschlands derzeit durchlebt, zeichnet sich vor allem durch ein steigendes Durchschnittsalter aus. Um das ganze Ausmaß des demografischen Wandels und der damit zusammenhängenden Mehrbelastung für die sozialen Sicherungssysteme (insbesondere für die Rentenversicherung) erfassen zu können, bedarf es einen genaueren Blick auf die einzelnen Faktoren dieser Entwicklung. Im Kern sind es zwei grundlegende Probleme, die das Phänomen des demografischen Wandels verursachen: Zum einen die erfreulicherweise ständig steigende Lebenserwartung, zum anderen die immer geringer ausfallende Geburtenrate.

Ständige Fortschritte in Medizin und Gesundheitswesen, sowie eine flächendeckende Grundversorgung aller Menschen tragen dazu bei, dass sich die Lebenserwartung der Bundesbürger konsequent erhöht. Während im Jahre 1980 die durchschnittliche Lebenserwartung eines 65jährigen männlichen Bürgers in Westdeutschland noch bei ca. 78 Jahren lag, wird diese im Jahre 2040 bei etwa 86 Jahren liegen. Bereits jetzt liegt die Lebenserwartung eines heute 65jährigen im Schnitt bei etwa 83 Jahren. Für die Senioren bedeutet dies, dass sie längere Zeit ihren Ruhestand genießen können und auch länger Geld aus der Rentenkasse beziehen.



Am anderen Ende der immer länger werdenden Bevölkerungspyramide jedoch macht sich ein gravierender Bevölkerungsrückgang bemerkbar: Es werden immer weniger Kinder in Deutschland geboren. Derzeit kommen im Schnitt auf eine Frau nur 1,2 neugeborene Kinder. Um ein Schrumpfen der Bevölkerung zu verhindern müssten 2 Kinder pro Frau geboren werden. Eine höhere Geburtenrate ist für unser bestehendes umlagenfinanziertes

Rentenversicherungssystem also dringend notwendig. Schließlich sollen die nachrückenden Generationen einmal die Rente ihrer Eltern und Großeltern finanzieren.



Neben diesen beiden Kernproblemen in der demografischen Entwicklung Deutschlands existiert ein weiterer Faktor, der sich negativ auf die Finanzierung der Renten auswirkt und in den kommenden Jahren von großer Relevanz sein wird. Die Generationen des „Baby-Booms“, also Jahrgänge besonders hoher Geburtenraten, treten in den wohl verdienten Ruhestand. Damit werden auch sie von Beitragszahlern zu Beziehern der gesetzlichen Rentenversicherung. Dies belastet die Rentenkasse doppelt, da nicht nur die Ausgaben in die Höhe schnellen, sondern auch Beitragszahlungen wegfallen.

All dies führt dazu, dass in den kommenden Jahren immer weniger arbeitsfähige Menschen auf einen Rentner kommen: Derzeit sind es noch circa 3,5 Beitragszahler, die über das umlagenfinanzierte System die Bezüge eines Rentners sichern; im Jahre 2040 werden es nur noch knapp 2 Beitragszahler sein, die die gleiche Leistung bringen müssen. Ein Blick auf die Bevölkerungspyramide verdeutlicht, dass ein immer geringer werdendes Fundament einen sich beständig breiter fächernden „Gipfel“ tragen muss.

Das kann nicht ohne Auswirkungen auf das bestehende Rentensystem bleiben. Ziel der Politik muss es sein, die unausweichlichen finanziellen Belastungen möglichst gerecht auf alle Generationen zu verteilen.

Grundsätzliche Anforderungen der SPD an die Gesundheitsreform

Der medizinische Fortschritt mit neuen kostenintensiven Behandlungsmöglichkeiten, ein Rückgang der Beitragszahler und die demographische Entwicklung führen in den nächsten Jahren absehbar zu steigendem Finanzdruck im Gesundheitswesen.

Die Koalition von CDU/CSU und SPD sieht eine ihrer zentralen Herausforderungen darin, die dauerhafte Leistungsfähigkeit des deutschen Gesundheitswesens durch stabile Finanzstrukturen zu sichern. Die Parteien haben hierzu mit der Gesundheitsprämie (Kopfpauschale) und der Bürgerversicherung unterschiedliche Konzepte entwickelt, die sich nicht ohne Weiteres miteinander vereinbaren lassen. Dennoch wollen Koalition und Bundesregierung gemeinsam eine Lösung zur umfassenden Reform des Gesundheitswesens auf den Weg bringen. Eine Arbeitsgruppe der Koalition wird nun zunächst bis zur Sommerpause Eckpunkte für die geplante Gesundheitsreform erarbeiten.

Nach Auffassung der SPD und ihrer Gesundheitsministerin **Ulla Schmidt** sollte sich eine solche **Reform** dabei **an folgenden Kriterien orientieren**:

- Eine in den letzten Jahren wachsende Zahl von Bürgerinnen und Bürgerinnen ist ohne Krankenversicherungsschutz. Die Reform muss daher sicherstellen, dass künftig **niemand mehr ohne Versicherungsschutz** ist: Alle Bürgerinnen und Bürger müssen unabhängig von ihrer finanziellen Lage über einen Zugang zu allen notwendigen medizinischen Leistungen verfügen, und zwar auf der Höhe des medizinischen Fortschritts.
- Das deutsche Gesundheitswesen verfügt über Effizienzmängel, von denen sich viele durch mehr Wettbewerb beseitigen lassen. Ziel muss es deshalb sein, die Effizienz durch eine **wettbewerbliche Ausrichtung** und **mehr Wahlfreiheit für die Versicherten** zu verbessern.
- Zur Zeit gibt es keinen fairen Wettbewerb zwischen gesetzlichen Krankenkassen und privaten Krankenversicherungen: Im Wesentlichen haben heute nur Selbständige und abhängig Beschäftigte mit Einkommen über der Versicherungspflichtgrenze die Möglichkeit, zwischen GKV und PKV frei zu wählen. Künftig sollen alle Versicherten frei zwischen allen Anbietern von Krankenversicherungen wählen können. Eine wirklich **freie Wahlmöglichkeit** zwischen allen Krankenkassen und privaten Krankenversicherung **für alle Versicherten** erfordert **fairen Wettbewerb** und **gleiche Rahmenbedingungen für alle Anbieter**, und damit auch die Verpflichtung, jeden einzelnen **ohne Ansehen des individuellen Risikos** zu einem einheitlichen gesetzlichen Leistungskatalog zu versichern.

- Wahlfreiheit der Versicherten, fairer Wettbewerb und gleiche Rahmenbedingungen für die Anbieter setzen einen funktionierenden Risikostrukturausgleich zwischen allen Krankenkassen und Versicherungen voraus. Die Reform muss deshalb den **Risikostrukturausgleich entsprechend erweitern, dabei aber entbürokratisieren, deutlich vereinfachen und transparenter gestalten**, so dass die Zielgenauigkeit erhöht und die Morbiditätsrisiken besser abgebildet werden.
- Wettbewerb zwischen den Kassen und Versicherungen braucht Transparenz und klare Preissignale für die Versicherten. Auf der Basis fairer Wettbewerbsbedingungen können und sollen Kassen und Versicherungen **mit guten Angeboten und unterschiedlichen Tarifen konkurrieren**.
- Das Gesundheitswesen steht vor allem durch die demographische und weltwirtschaftliche Entwicklung unter Druck. Ziel der Reform muss es daher sein, die dauerhafte Leistungsfähigkeit des Gesundheitswesens durch stabile Finanzierungsstrukturen zu sichern, die die Finanzierung auf eine **breitere Grundlage** stellen.
- Hohe Sozialabgaben und zuviel Bürokratie belasten die Unternehmen und hemmen den Aufbau von Beschäftigung. Ziel der Reform muss es daher sein, die **Finanzierung des Gesundheitswesens vom Faktor Arbeit durch eine breitere Einnahmegrundlage unabhängiger zu machen** und dadurch die Lohnnebenkosten zu senken. Die Unternehmen dürfen jedoch nicht aus ihrer gesundheitspolitischen Verantwortung entlassen werden. Außerdem sollten die Arbeitgeber von unnötiger Bürokratie entlastet werden.
- Die Finanzierung der Gesundheitsausgaben darf niemanden überlasten. Auch künftig muss es daher einen stabilen sozialen Ausgleich zwischen gesunden und kranken Menschen, Beziehern höherer und niedriger Einkommen sowie zwischen Alleinverdienern und Familien geben. Ziel einer Reform sollte es daher sein, den sozialen Ausgleich so zu organisieren, dass alle Bürgerinnen und Bürger ihren **Beitrag zur Finanzierung der Gesundheitsausgaben entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit** leisten.
- Die Reform der Finanzierungsgrundlagen des Gesundheitswesens zielt auf mehr Qualität, Wettbewerb und Effizienz. Sie muss deshalb durch Maßnahmen begleitet werden, die eine größere Transparenz und **stärker wettbewerbliche Orientierung auch auf Seiten der Leistungserbringer und Versorgungsstrukturen** erreichen.

- Die geplante Finanzreform muss darauf ausgerichtet sein, die **Versorgungsverantwortung der Akteure** stärker in den Fokus zu bringen. Dies gilt sowohl für die **Mittelaufbringung der Krankenkassen** (Beitragssatzunterschiede dürfen nicht die unterschiedlichen Morbiditätsrisiken der Mitglieder widerspiegeln, sondern müssen die Effizienz des Versorgungshandelns abbilden) als auch für die **Leistungserbringer** (Honorierungssysteme dürfen

nicht das "Rosinenpicken" belohnen, sondern müssen Anreize für eine qualitativ hoch stehende und wirtschaftlich effiziente Versorgung bieten). Insoweit ist die Reform der Finanzierung untrennbar mit weiteren **Reformen bei den Organisationsstrukturen und einer Professionalisierung der Entscheidungsprozesse** im Gesundheitswesen verbunden.

SPD

Wechsel an der Parteispitze und Fortgang der Programmdebatte

Am 10. April 2006 hat **Matthias Platzeck** aus gesundheitlichen Gründen sein Amt als Parteivorsitzender der SPD niedergelegt. Auf einstimmigem Vorschlag des Parteipräsidiums soll ihm **Kurt Beck** nachfolgen. Ende Mai wird der neue Vorsitzende auf einem Sonderparteitag gewählt. **Hubertus Heil** wird weiterhin Generalsekretär bleiben.

Die Programmdebatte soll auf der Grundlage der noch von Matthias Platzeck vorgelegten Leitsätze wie geplant fortgeführt werden.

Am 23. April werden SPD-Präsidium und Parteivorstand die seit Februar in der Steuerungsgruppe und der Projektgruppe „Programmdiskussion“ ent-

wickelten Leitsätze für das neue Grundsatzprogramm der SPD verabschieden.

Am 24. April werden diese Orientierungspunkte für die weitere Debatte dann unter dem Titel „Kraft der Erneuerung – Impuls für ein neues Grundsatzprogramm“ im Berliner Congress Center präsentiert. Damit startet die Dialog- und Kommunikationsphase. Zu Beginn nächsten Jahres soll der Prozess in einen Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm münden. Das neue Programm soll dann auf dem Bundesparteitag im Herbst 2007 beschlossen werden.

- Spätestens Ende April werden die Leitsätze auf den Internetseiten www.spd.de und www.martin-doermann.de eingestellt sein.

SERIE: „SOZIALDEMOKRATISCHE KÖPFE“

Portraitsammlung über SPD-Persönlichkeiten



In der „Berlin Depesche“ erscheint seit 2003 unter dem Titel „Sozialdemokratische Köpfe“ eine eigene Reihe, in der wir anhand einer Kurzbiografie und eines selbst entwickelten Fragebogens bekannte Politikerinnen und Politiker der SPD vorstellen.

Für alle, die früher erschienene Portraits nachlesen wollen: In der **Sonderausgabe 8 der Berlin-Depesche** sind aus den Jahren 2003 bis 2005 die Portraits folgender Personen abgedruckt:

Franz Müntefering, Wolfgang Thierse, Kurt Beck, Wolfgang Clement, Heidemarie Wiczorek-Zeul, Renate Schmidt, Ulla Schmidt, Edelgard Bulmahn, Manfred Stolpe, Angelica Schwall-Düren, Nicolette Kressl, Michael Müller, Klaus Uwe Benneter, Sigmar Gabriel, Martin Schulz, Peer Steinbrück, Hannelore Kraft, Gesine Schwan, Hans-Jürgen Wischnewski und Hans-Jochen Vogel.

Im Jahr 2006 erschien bislang: **Uli Kelber.**

- Die Sonderausgabe mit Portraits aus den Jahren 2003 bis 2005 kann auf unserer Homepage abgerufen werden: www.martin-doermann.de (Startseite)

Vorgestellt: Elke Ferner

Stellvertretende Vorsitzende der SPD und der SPD-Bundestagsfraktion

Biografie

Geboren am 5. Mai 1958 in Idar-Oberstein; verheiratet.

Beruflicher Werdegang

1979 Programmiererin bei LKS Datenservice AG Saarbrücken.

1979 – 1983 Programmiererin bei ASKO Deutsche Kaufhaus AG, Saarbrücken.

1984 – 1990 Programmiererin bei Stadtwerke Saarbrücken AG, Saarbrücken.

1998 – 2000 Staatssekretärin im Bundesministerium für Verkehr Bau und Wohnungswesen, Bonn und Berlin.



Von 1990-1998 und seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages

Politischer Werdegang

Mitglied der SPD seit 1983.

1984 bis 1989 Mitglied des Bezirksrates Mitte der Landeshauptstadt Saarbrücken.

1991 bis 1999 Vorsitzende der ASF Saar.

Mitglied des ASF-Bundesvorstandes und seit 2004 Bundesvorsitzende der ASF,

Seit 2003 stellvertretende Vorsitzende der SPD Saarland.

Seit November 2005 stellvertretende Vorsitzende der SPD und stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion.

10 Persönliche Fragen an Elke Ferner

1. Welche politischen Vorbilder haben Sie?



Willy Brandt, Regine Hildebrand.

2. Wen würden Sie gerne einmal treffen?



Hillary Clinton.

3. Ihre liebsten Urlaubsziele?



Griechenland.

4. Ihre Leidenschaften?



Gutes essen (leider!).

5. Ihr politisches Leitmotiv?



Gerechtigkeit und Solidarität.

6. Ihre Lieblingsfilme?



Casablanca.

**7. Ihre Lieblingsmusik bzw. ihre Lieblings-
sänger?**



Queen.

**8. Wen oder was nehmen Sie auf eine ein-
samen Insel mit?**

Meinen Mann.

9. Ihre Lieblingsbücher?



„Lauf Jane, lauf!“ (von Joy Fielding).

10. Über wen lachen Sie am liebsten?

Über mich selbst.

INFOS UND IMPRESSUM

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2006

Sitzungswochen sind die: 3., 4., 6., 7., 10., 11., 13., 14., 19., 20., 22., 25., 27., 36., 38., 39., 42., 43., 45., 47., 48. und 50. Woche.

In den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages finden die Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages sowie die Ausschuss- und Arbeitsgruppensitzungen statt. Die Bundestagsabgeordneten sind in diesen Wochen in der Regel von Montag bis Freitag in Berlin.

Infos zu Martin Dörmann, MdB

Wahlkreis 94 (Köln I)

Martin Dörmann ist direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I, zu dem die Stadtbezirke **Porz** und **Kalk** sowie die **nördliche Innenstadt** gehören. Der Wahlkreis reicht somit vom „Colonus“ über den Dom und die Kölnarena bis zum Flughafen.

Ausschussmitgliedschaften im Deutschen Bundestag

Martin Dörmann ist ordentliches Mitglied im **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**. Zugleich ist er stellvertretendes Mitglied im **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** und Mitglied im **Unterausschuss „Neue Medien“**.

SPD-Bundestagsfraktion

Martin Dörmann ist Mitglied im **Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion** und im **Vorstand der NRW-Landesgruppe**. Er ist Mitglied der **Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie**, dort u.a. Berichterstatter der SPD für Telekommunikation, Luft- und Raumfahrt sowie Freie Berufe. Zudem ist er Mitglied der **Arbeitsgruppe „Energie“**.

Homepage www.martin-doermann.de

Nähere Informationen zu Martin Dörmann enthält seine Homepage.

Büroanschriften

Martin Dörmann, MdB

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Hausadresse: Unter den Linden 50, Raum 5003
Telefon 030 / 227 734 18; Fax 030 / 227 763 48

eMail: martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiterteam: Stefan Stader (Büroleiter), Chloé Aublin und Daniel Läufer

Internet-Homepage:

www.martin-doermann.de

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Telefon: 02203 / 52144
Fax: 02203 / 51044
Mitarbeiterteam:
Elke Heldt (Büroleiterin), Tim Cremer
eMail:
martin.doermann@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Kalk

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Telefon: 0221 / 8704302
Mitarbeiter: Ralf Steinmeier
(Webmaster Homepage)
eMail:
newsmail@netcologne.de

Büro der Kölner SPD- Bundestagsabgeordneten

Albertusstraße 40-46
50667 Köln (Innenstadt)
Tel. 0221 / 925981-17
Fax 0221 / 925981-50
Mitarbeiterin: Renate Dinkelbach
eMail:
renate.dinkelbach.nrw@spd.de



IMPRESSUM • BERLIN DEPESCHE

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 10111 Berlin

Redaktion: Martin Dörmann (verantwortlich), Daniel Läufer, Chloé Aublin, Fabian Karrenstein

Die Berlin Depesche erscheint etwa 6 mal im Jahr und wird als **Mitgliederausgabe** per eMail an Funktionsträger im Wahlkreis und interessierte SPD-Mitglieder versendet sowie als **Homepageausgabe** für Bürgerinnen und Bürger auf der Internet-Homepage von Martin Dörmann eingestellt. Wer in den **Email-Verteiler** aufgenommen werden möchte, sendet bitte eine Nachricht an: martin.doermann@bundestag.de (Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins).

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben finden sich auf der Homepage:

www.martin-doermann.de.

